

Kambeck, Rainer; Rappen, Hermann

**Research Report**

## Auf dem Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt? Eine Analyse des Haushaltsplanentwurfs 2008 und 2009 der Stadt Krefeld

RWI Projektberichte

**Provided in Cooperation with:**

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

*Suggested Citation:* Kambeck, Rainer; Rappen, Hermann (2008) : Auf dem Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt? Eine Analyse des Haushaltsplanentwurfs 2008 und 2009 der Stadt Krefeld, RWI Projektberichte, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/70852>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

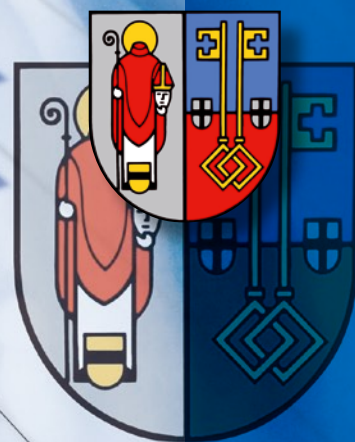
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

# Auf dem Weg zu einem strukturell ausgeglichener Haushalt?

Eine Analyse des Haushaltsplanentwurfs 2008 und 2009 der Stadt Krefeld

# Impressum

**Herausgeber**

**Industrie- und Handelskammer  
Mittlerer Niederrhein**  
Nordwall 39, 47798 Krefeld

**Ihr Ansprechpartner**

Dipl.-Volkswirt Rainer Növer  
Telefon: 02151 635-350  
E-Mail: [noever@krefeld.ihk.de](mailto:noever@krefeld.ihk.de)

**Verantwortlich  
für den Inhalt**

Dr. Rainer Kambeck und Hermann Rappen  
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI Essen)  
Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen  
*Wir danken Karl-Heinz Herlitschke und Florian Klohn  
für die Unterstützung bei der Durchführung des Projektes.*

**Stand**

November 2008



## Inhalt

---

Die wichtigsten Ergebnisse vorab.....	1
Die Ergebnisplanung 2008 und 2009 .....	3
Die wesentlichen Erträge der Stadt Krefeld.....	5
Steuereinnahmen .....	6
Finanzkraft der Stadt Krefeld.....	10
Die wesentlichen Aufwendungen der Stadt Krefeld .....	11
Personalaufwendungen.....	11
Transferaufwendungen.....	12
Soziale Leistungen und Jugendhilfe .....	15
Zinsaufwendungen .....	19
Die Schuldenlage der Stadt Krefeld .....	20
Ausgliederungen und Beteiligungen der Stadt Krefeld .....	22

## Die wichtigsten Ergebnisse vorab

---

- Nach den Haushaltsplanungen der Stadt für die Jahre 2008 und 2009 sowie der Finanzplanung bis 2012 befindet sich die Stadt Krefeld auf dem Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt.
- Zwar übersteigen die im Jahr 2008 geplanten Aufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit die im diesem Jahr von der Stadt erwarteten Erträge noch um 7,8 Mill. € und die erwarteten Zinsverpflichtungen die Finanzerträge um 4 Mill. €, was zusammengenommen für 2008 ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 11,8 Mill. € ergibt. Auch für das Jahr 2009 wird noch ein negatives Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1,3 Mill. € erwartet, für das Finanzergebnis allerdings bereits ein Plus von 1,7 Mill. €, sodass sich ein positives Jahresergebnis in Höhe von 0,4 Mill. € ergibt.
- Nach der Finanzplanung für die Jahre bis 2012 sollen ab 2010 die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen übersteigen – der Haushalt wäre dann „strukturell“ ausgeglichen. Die Stadt Krefeld hätte ein erstes Konsolidierungsziel erreicht.
- Das Netto-Steueraufkommen der Stadt Krefeld ist seit dem Jahr 2001 von rd. 158 Mill. € – dem niedrigsten Niveau seit Beginn der 1990er Jahre – auf knapp 240 Mill. € im Jahr 2007 gestiegen. Für das laufende Jahr wird eine nochmalige Zunahme auf 247 Mill. € erwartet. Bei diesen Ertragserwartungen hat sich die Stadt an den im Mai diesen Jahres vorgelegten Schätzungen des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ orientiert; dies gilt auch für die Plandaten bis 2012.
- Nach der Steuerschätzung des Arbeitskreises von Anfang November diesen Jahres werden die Steuereinnahmen in den westdeutschen Kommunen insgesamt im laufenden Jahr um 1,5 Mrd. € höher ausfallen als in der Mai-Schätzung zugrunde gelegt. Für das kommende Jahr wird für diese Kommunen auf Grund des erwarteten konjunkturellen Abschwungs ein leichtes

Minus bei der Gewerbesteuer erwartet. Insofern werden aktuell vom Arbeitskreis Steuerschätzung keine gravierenden Auswirkungen der Finanzmarktkrise bezüglich der kommunalen Steuereinnahmen erwartet. Allerdings könnten mittelfristig, also erst mit dem Haushaltsjahr 2010, die Steuereinnahmen dann doch deutlich niedriger ausfallen, wenn sich die schlechteren makroökonomischen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und damit bei der unter Steuereinnahmegerichtspunkten wichtigen Größe der Bruttolöhne und -gehälter auswirken. Aus diesem Grund wurde der Titel „Krefeld auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt“ von uns mit einem Fragezeichen versehen.

- Der Städtevergleich bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer zeigt, dass sich die Position der Stadt Krefeld seit dem „Tiefpunkt“ des Jahres 2001 kontinuierlich verbessert hat. Allerdings konnte die Stadt Krefeld erst durch die deutliche Zunahme der Gewerbesteuereinnahmen im Jahre 2007 andere Städte bei den Einnahmen pro Einwohner überholen. Bei den für das laufende Jahr erwarteten Einnahmen schneidet Krefeld zusammen mit den Städten Aachen, Mönchengladbach und Bielefeld deutlich besser ab als Wuppertal, Bochum und Oberhausen.
- Transferaufwendungen stellen die wichtigste Aufwandsart der Stadt Krefeld dar. Sie belaufen sich 2009 voraussichtlich auf 29,6% der geplanten Aufwendungen in Höhe von 604,9 Mill. €. Dabei kann die Stadt über etwa 10% der Transferleistungen frei entscheiden. Für über die Hälfte der Transferaufwendungen (Sozialleistungen, Jugendhilfe) bestehen Vorgaben hinsichtlich des Ob und auch des Wie, mit einigen Gestaltungsmöglichkeiten. Auf über ein Drittel der Transferaufwendungen hat die Stadt keinen unmittelbaren Einfluss (u.a. Gewerbesteuerumlage).
- Die Stadt Krefeld sollte bei ihrer Haushaltskonsolidierung nicht nur einen strukturell ausgeglichenen Haushalt anstreben, sondern auch Handlungsspielräume für die Bewältigung des demographischen Wandels schaffen. Bereits in den vorangegangenen Jahren ist die Zahl der Empfänger von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung merklich gestiegen. Diese Entwicklung dürfte sich angesichts der zunehmenden Alterung und dem (relativ) sinkenden Rentenniveau fortsetzen. Die Zahl der Pflegebedürftigen dürfte in Krefeld von 2005 bis 2025 um knapp 35% zunehmen, mit entsprechenden Folgen für die Entwicklung der Hilfen zur Pflege.
- Die reinen Ausgaben der Jugendhilfe je Einwohner unter 21 Jahren haben im Untersuchungszeitraum 1991 bis 2007 um 6,8% p.a. zugenommen. Dieser erhebliche Anstieg erklärt sich zum Teil durch die Verbesserung des Betreuungsangebots in Kindertageseinrichtungen, zum Teil durch die Entwicklung der Hilfen zur Erziehung. Dabei war die Entwicklung der Hilfen zur Erziehung im interkommunalen Vergleich in den letzten Jahren unauffällig.
- Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, die auch persönlich haftender Gesellschafter der Grundstücksgesellschaft der Stadt Krefeld GmbH & Co KG ist, und die Seidenweberhaus GmbH als Betreiber des KönigPalastes belasten den städtischen Haushalt mit ihren Verlusten anhaltend. Die vorliegenden Planungen lassen für die kommenden Jahre keine nachhaltige Entspannung erwarten: die Zuschüsse und Einlagen werden sich auf jährlich 1,3 Mill. € bzw. 2,2 Mill. € belaufen. Hier besteht Handlungsbedarf.

## Die Ergebnisplanung 2008 und 2009

Die Stadt Krefeld hat mit dem Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2008 und 2009 erstmals eine komplette Haushaltsplanung nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) vorgelegt. Dessen zentrale Bestandteile sind nach der neuen Systematik die Ergebnisrechnung (bzw. –planung), die Finanzrechnung (bzw. –planung) und die Erstellung einer städtischen Bilanz. Im Mittelpunkt unserer Bewertung der von der Stadt vorgelegten Planung für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 sowie der Finanzplanung bis 2012 stehen die Ergebnisplanung und deren Auswirkung auf die Bilanz der Stadt.

Bereits im April dieses Jahres hatte die Stadt Krefeld eine „Eröffnungsbilanz“ mit dem Stichtag 01.01.2008 vorgelegt. Bei einer Bilanzsumme von 2,24 Mrd. € wurde das Eigenkapital der Stadt, das sich bei der Gegenüberstellung des Anlage- und Umlaufvermögens (Aktiva) und den Verbindlichkeiten und Rückstellungen (Passiva) ergibt, mit 761 Mill. € ausgewiesen. Nach dem NKF verändert das aus der Ergebnisrechnung hervorgehende Jahresergebnis die Eigenkapitalposition einer Stadt (s.u.). Im nachstehenden Bericht werden wir diesen Zusammenhang erläutern. Ein interkommunaler Vergleich der Bilanzen kann allerdings erst im kommenden Jahr erfolgen, wenn alle Vergleichsstädte ihre Eröffnungsbilanz vorgelegt haben. Im Gegensatz zu der Ergebnis- und Finanzrechnung wird die Bilanz von den Städten zukünftig nicht als Planung vorzulegen sein, sondern lediglich jährlich mit dem Stichtag 1. Januar als Teil des Jahresabschlusses. Eine Gesamtbilanz („Konzernbilanz“), in der alle Beteiligungen der Stadt berücksichtigt werden, muss erstmals zum 01.01.2010 vorlegt werden.

Tabelle 1

### Ergebnisplanung der Stadt Krefeld

2008 in Mill. €		2009 in Mill. €	
<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>580,2</b>	<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>583,4</b>
Steuern und ähnl. Abgaben	272,2	Steuern und ähnl. Abgaben	279,2
Zuwendungen und allg. Umlagen	140,8	Zuwendungen und allg. Umlagen	135,8
Öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	73,3	Öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	74,7
Kostenerstattungen und Kostenumlage	41,7	Kostenerstattungen und Kostenumlage	42,3
Sonst. Ordentl. Erträge	38,2	Sonst. Ordentl. Erträge	37,1
Privatrechtl. Leistungsentgelte	8,6	Privatrechtl. Leistungsentgelte	8,7
Sonst. Transfererträge	5,0	Sonst. Transfererträge	5,2
Aktivierete Eigenleistungen	0,4	Aktivierete Eigenleistungen	0,4
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>588,0</b>	<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>584,7</b>
Transferaufwendungen	181,7	Transferaufwendungen	178,9
Personalaufwendungen	144,8	Personalaufwendungen	149,6
Aufwendungen für Sach- und Dienstleist	118,8	Aufwendungen für Sach- und Dienstleist	115,3
Sonst. Ordentl. Aufwendungen	83,3	Sonst. Ordentl. Aufwendungen	81,7
Bilanzielle Abschreibungen	39,1	Bilanzielle Abschreibungen	38,5
Versorgungsaufwendungen	20,3	Versorgungsaufwendungen	20,7
<b>Ergebnisse lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-7,8</b>	<b>Ergebnisse lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-1,3</b>
Finanzerträge	16,9	Finanzerträge	21,9
Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen	20,9	Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen	20,2
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-4,0</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>1,7</b>
Außerordentl. Erträge	0	Außerordentl. Erträge	0
Außerordentl. Aufwendungen	0	Außerordentl. Aufwendungen	0
<b>Außerordentl. Ergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>Außerordentl. Ergebnis</b>	<b>0,0</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-11,8</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>0,4</b>

Quelle: Stadt Krefeld (2008).

Die Haushaltsplanungen der Stadt zeigen, dass sich die Stadt auf dem Weg zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt befindet. Die im Jahr 2008 geplanten Aufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit übersteigen die im diesem Jahr von der Stadt erwarteten Erträge um 7,8 Mill. € (Tab. 1); außer-

dem übersteigen die Erwartungen bei den Zinsverpflichtungen die Finanzerträge um 4 Mill. € – insgesamt ergibt sich damit für 2008 ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 11,8 Mill. €. Für das Jahr 2009 wird zwar noch ein negatives Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1,3 Mill. € erwartet, weil aber für das Finanzergebnis ein Plus von 1,7 Mill. € eingeplant wird, ergibt sich ein positives Jahresergebnis in Höhe von 0,4 Mill. €. Nach der Finanzplanung für die Jahre bis 2012 sollen ab 2010 die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen übersteigen – der Haushalt wäre dann „strukturell“ ausgeglichen.

Schaubild 1

### Eröffnungsbilanz und Ergebnisplanung der Stadt Krefeld 2008

Eröffnungsbilanz 01.01.2008		Ergebnisplanung 2008	
Aktiva	Passiva	Erträge	Aufwendungen
Anlagevermögen 2 177 029 931	Allgemeine Rücklage 651 697 456	Ordentliche Erträge 580 200 000	Ordentliche Aufwendungen 588 000 000
	Ausgleichsrücklage 109 245 843 ↓	Finanz- erträge 16 900 000	Finanz- aufwendungen 20 900 000
	Sonderposten 477 058 713	<b>Jahresergebnis</b> <b>-11 800 000</b>	
	Rückstellungen 431 005 288		
	Verbindlichkeiten 532 360 709		
Aktive Rechnungs- abgrenzung 11 897 912	Passive Rechnungs- abgrenzung 41 157 548		
<b>Bilanzsumme</b> <b>2 242 525 557</b>	<b>Bilanzsumme</b> <b>2 242 525 557</b>		

Quelle: Stadt Krefeld (2008).

Schaubild 1 zeigt in einer vereinfachten Übersicht die neue Systematik: Dem Ziel folgend, den „wahren“ Ressourcenverzehr eines Jahres abzubilden, verändert der Saldo aus Erträgen und Aufwand eines Haushaltsjahres (das Jahresergebnis) das Eigenkapital einer Stadt. Dabei wurde in Nordrhein-Westfalen mit der sogenannten Ausgleichsrücklage eine neue Vorgabe für einen „formalen“ Haushaltsausgleich geschaffen: Bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz wurde diese Größe den Vorschriften des neuen Haushaltsgesetzes folgend mit einem Drittel der Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen der vorangegangenen drei Haushaltsjahre festgesetzt; in Krefeld beträgt sie zum Stichtag 1.1.2008 109 Mill. €, das ist ein Anteil von rd. 14% des gesamten Eigenkapitals in Höhe von 761 Mill. €. Ein Haushalt gilt nunmehr formal als ausgeglichen, wenn eine Kommune ein negatives Jahresergebnis durch die Ausgleichsrücklage abdecken kann. Erst wenn dies nicht mehr möglich ist und die allgemeine Rücklage (hier die übrigen 86% des Eigenkapitals, also 652 Mill. €) angegriffen werden müssen, gilt ein Haushalt formal als nicht ausgeglichen.

Tabelle 2 gibt Auskunft über die Haushaltslage der Stadt Krefeld und die Entwicklung des Eigenkapitals in der Finanzplanung.

Tabelle 2  
**Eigenkapital der Stadt Krefeld in der Finanzplanung**  
2008 bis 2012; in Mill. €

	2008		2009		2010		2011		2012
	Ansatz	31.12.	Ansatz	31.12.	Plan	31.12.	Plan	31.12.	Plan
Allg. Rücklage (Anfangsbestand)	651,7		651,7		651,7		662,5		699,6
Ausgleichsrücklage	109,2		97,4		97,9		102,7		109,2
Jahresergebnis = Veränd. Ausgleichs- rücklage		-11,8		+0,4		+4,8		+6,6	
Summe Eigenkapital	760,9		749,1		749,6		765,2		808,8

Quelle: Stadt Krefeld (2008).

Das für das laufende Jahr erwartete negative Jahresergebnis schmälert die Ausgleichsrücklage, die zu Beginn des Jahres 2009 noch 97,4 Mill. € beträgt. Mit den in der Finanzplanung in den Jahren 2010 bis 2012 erwarteten Überschüssen kann allerdings die Ausgleichsrücklage dann – wie auch in der Gemeindeordnung (GO) vorgesehen – wieder auf die ursprünglich festgelegte Höhe von 109,2 Mill. € aufgestockt werden. Die Stadt Krefeld erwartet nach dieser Planung eine sehr positive Entwicklung für den Haushalt, die zu einer Aufstockung des Eigenkapitals führen wird.

## Die wesentlichen Erträge der Stadt Krefeld

Schaubild 2 zeigt die Erwartungen der Stadt hinsichtlich ihrer wichtigsten Ertragsquellen: Die großen Steuerertragspositionen (Gewerbsteuer, Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer, Grundsteuer B), die Schlüsselzuweisungen und die Zuweisungen und Zuschüsse des Landes für laufende Zwecke sorgen zusammen genommen bereits annähernd für zwei Drittel (65,3%) des gesamten Ertragsvolumens von rd. 597 Mill. €.

### Steuereinnahmen

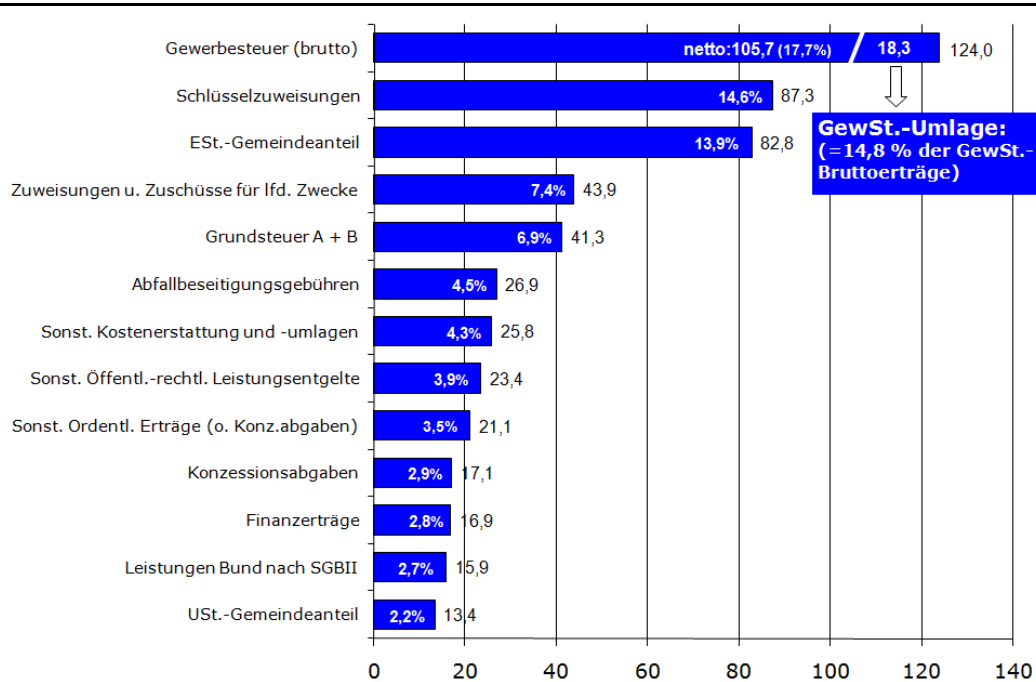
Die Stadt Krefeld erwartet im laufenden Jahr Brutto-Erträge aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben in Höhe von 272,2 Mill. € (inklusive Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsausgleich in Höhe von 7,2 Mill. €). Davon wird mit 124 Mill. € (45,6%) der größte Teil auf die Gewerbesteuer (brutto) entfallen; nach Abzug der Gewerbesteuerumlagen in Höhe von 18,3 Mill. € (knapp 15% der gesamten Gewerbesteuereinnahmen) verbleiben Netto-Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von rd. 106 Mill. € bei der Stadt. Mit knapp 83 Mill. € (30,5%) ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer der zweitgrößte Steuereinnahmeposten, etwa 41 Mill. € (15,1%) erwartet die Stadt aus den Grundsteuern A und B. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird 2008 mit 13,4 Mill. € knapp 4,9% zum Steueraufkommen beitragen.



Schaubild 2

**Geplante Erträge der Stadt Krefeld (ges.: 597 Mill. €)**

2008; in Mill. €



Quelle: Stadt Krefeld (2008).

Tabelle 3

**Steuereinnahmen der Stadt Krefeld in der Finanzplanung**

2007 bis 2012; in Mill. €

	2007 <sup>a</sup>	2008 <sup>b</sup>	2009 <sup>b</sup>	2010 <sup>c</sup>	2011 <sup>c</sup>	2012 <sup>c</sup>
<b>Steuern u. steueräbnl. Abgaben (netto)</b>	239,6	246,7	252,2	264,2	278,4	294,1
Veränd. ggü. Vorjahr in %		3,0	2,2	4,7	5,4	5,7
<b>darunter:</b>						
<b>GewSt. (brutto)</b>	126,3	124,0	129,2	136,7	144,8	155,2
Veränd. ggü. Vorjahr in %		-1,8	4,2	5,8	5,9	7,2
<b>abzügl. GewSt.-umlagen</b>	18,2	18,3	19,7	21,7	22,7	24,3
Veränd. ggü. Vorjahr in %		0,5	7,7	10,2	4,6	7,0
<b>= GewSt. (netto)</b>	108,1	105,7	109,5	115	122,1	130,9
Veränd. ggü. Vorjahr in %		-2,2	3,6	5,0	6,2	7,2
<b>Grundsteuer A und B</b>	42,9	41,3	42,2	43,1	44,0	44,9
Veränd. ggü. Vorjahr in %		-3,5	2,2	2,1	2,1	2,0
<b>Gemeindeanteil ESt.</b>	75,6	82,8	84,4	89,6	95,4	101,1
Veränd. ggü. Vorjahr in %		9,5	1,9	6,2	6,5	6,0

Quelle: Stadt Krefeld (2008); a) Rechnungsergebnisse. b) Ansätze. c) Finanzplanung.

Das Netto-Steueraufkommen der Stadt Krefeld ist seit dem Jahr 2001 von rd. 158 Mill. € – dem niedrigsten Niveau seit Beginn der 1990er Jahre – auf knapp 240 Mill. € im Jahr 2007 gestiegen. Für das laufende Jahr wird ein nochmaliger Zuwachs auf 247 Mill. € erwartet. Bei diesen Ertragserwartungen hat sich die Stadt an den im Mai diesen Jahres vorgelegten Schätzungen des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ orientiert; dies gilt auch für die Plandaten bis 2012.

Nach der Steuerschätzung des Arbeitskreises von Anfang November diesen Jahres werden die Steuereinnahmen in den westdeutschen Kommunen insge-

samt im laufenden Jahr um 1,5 Mrd. € höher ausfallen als in der Mai-Schätzung zugrunde gelegt. Für das kommende Jahr wird für diese Kommunen auf Grund des erwarteten konjunkturellen Abschwungs – sogar ein leichtes Minus bei der Gewerbesteuer erwartet. Insofern werden aktuell vom Arbeitskreis Steuerschätzung keine gravierenden Auswirkungen der Finanzmarktkrise bezüglich der kommunalen Steuereinnahmen erwartet. Allerdings könnten mittelfristig, also erst mit dem Haushaltsjahr 2010, die Steuereinnahmen dann doch deutlich niedriger ausfallen, wenn sich die schlechteren makroökonomischen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und damit bei der unter Steuereinnahmegerichteten wichtigen Größe der Bruttolöhne und -gehälter auswirken.

## Gewerbesteuer

Der Städtevergleich bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer zeigt, wie sich die Position der Stadt Krefeld seit dem „Tiefpunkt“ des Jahres 2001 verbessert hat. Trotz der Zunahme der Gewerbesteuereinnahmen in den darauffolgenden Jahren belegte Krefeld im Jahr 2006 in der Vergleichsgruppe noch den letzten Platz. Erst durch die deutliche Zunahme der Einnahmen im Jahre 2007 konnte die Stadt Krefeld ihre Position im interkommunalen Vergleich deutlich verbessern; bei den für das laufende Jahr erwarteten Einnahmen schneidet Krefeld bei einem Vergleich der Gewerbesteuererträge pro Einwohner zusammen mit den Städten Aachen, Mönchengladbach und Bielefeld deutlich besser ab als Wuppertal, Bochum und Oberhausen.

Der Gewerbesteuer-Hebesatz liegt in Krefeld mit 440% noch unter dem Durchschnittswert der 15 einwohnerstärksten Städte NRWs (452,7%), allerdings auch knapp über dem Bundesdurchschnitt von 433% (IFSt 2006: 31f.).

Schaubild 3  
**Gewerbesteuereinnahmen (brutto) im Städtevergleich**  
1991 – 2008<sup>1</sup>; je Einw. in €

Als Vergleichsstädte werden hier immer

**Bochum (BO)**

**Wuppertal (W)**

**Bielefeld (BI)**

und

**Mönchengladbach (MG)**

berücksichtigt.

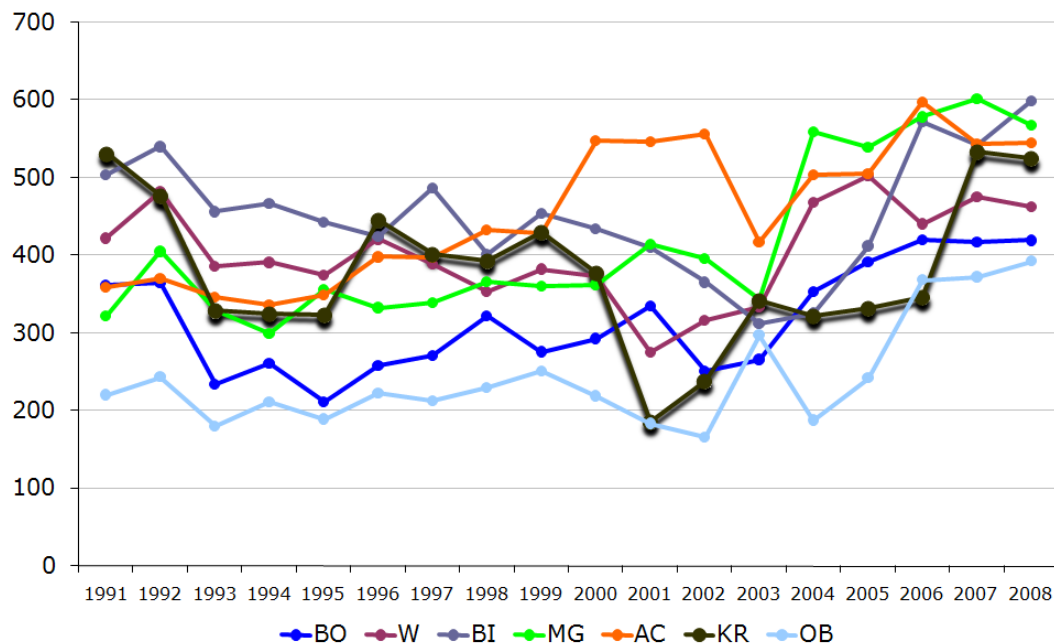
Bei ausgewählten Aspekten auch

Aachen (AC),

Oberhausen (OB)

und

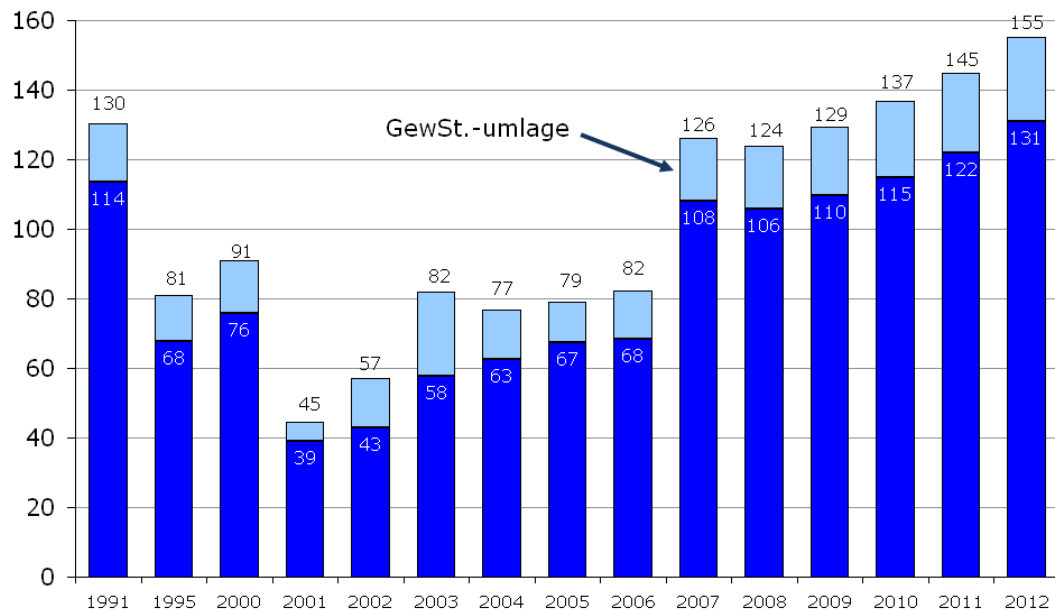
Düsseldorf (D)



Eigene Darst. n. Angaben des LDS NRW. <sup>1</sup>Bis 2007 RE, 2008 Ansätze der Städte.

Wie stark die Gewerbesteuerumlagen (hier: Gewerbesteuerumlage und Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit) das Bruttoaufkommen der Gewerbesteuern vermindern, zeigt Schaubild 4.

Schaubild 4  
**Gewerbesteuer brutto und netto**  
1991, 1995 u. 2000 bis 2012; in Mill. €



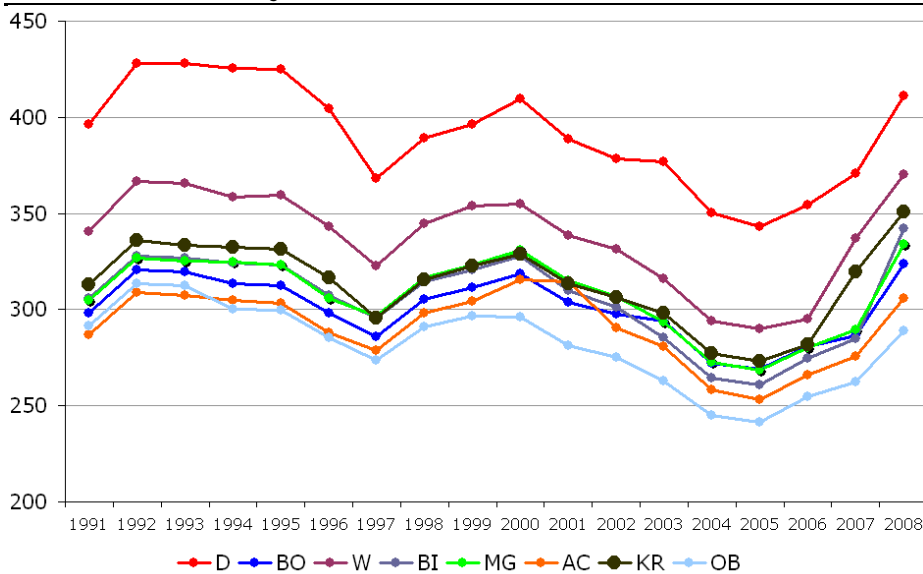
Quelle: Stadt Krefeld (2008).

## Einkommensteuer (Gemeindeanteil)

Die zweitstärkste Steuerquelle der Stadt Krefeld ist der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer (Tabelle 3). Auf Grund der Stagnation beim Wirtschaftswachstum zu Beginn dieses Jahrzehnts und auf Grund der Entlastungen der Bürger durch die dreistufige Reform der Einkommensteuer sanken die Einnahmen der Kommunen aus dieser Steuer bis einschließlich 2005 deutlich. Seit dem verzeichnen die Städte aber wieder eine Zunahme bei den Erträgen aus der Einkommensteuerbeteiligung. In Krefeld ist das Aufkommen sogar deutlicher gestiegen als in den anderen hier zum Vergleich herangezogenen Städten.

Dank des deutlichen Anstiegs der Einnahmen aus der Einkommensteuer im Jahre 2007 befindet sich Krefeld aktuell im Vergleich zu den anderen Städten in einer guten Einnahmeposition; von den Vergleichsstädten erzielt lediglich Wuppertal höhere Einnahmen pro Einwohner. Das es durchaus Städte gibt, die auch bei den an die Kommunen gehenden Einkommensteueranteilen besser abschneiden, zeigt in Schaubild 5 der Vergleich mit Düsseldorf.

Schaubild 5

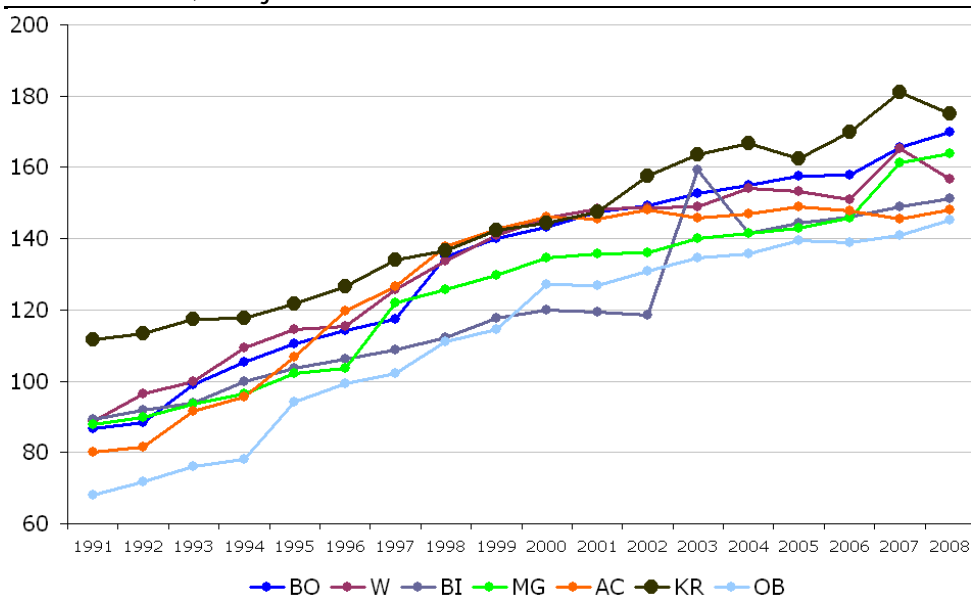
**Erträge aus dem Est.-Gemeindeanteil im Städtevergleich**1991 – 2008<sup>1</sup>; in € je Einw.

Eig. Darstellung nach Angaben des LDS NRW. <sup>1</sup>Bis 2007 RE, 2008 Ansätze d. Städte.

**Grundsteuer B**

Der Hebesatz der Grundsteuer B wurde von der Stadt Krefeld im Jahr 2002 von 440 auf 475% angehoben und liegt damit derzeit exakt im NRW-Durchschnitt. Diese Maßnahme hatte zu einer Zunahme des Aufkommens der Grundsteuer im Jahr 2002 geführt; seitdem sind diese Steuereinnahmen pro Einwohner der Stadt Krefeld höher als in den Vergleichsstädten – obwohl die Einnahmen im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken waren (Schaubild 6).

Schaubild 6

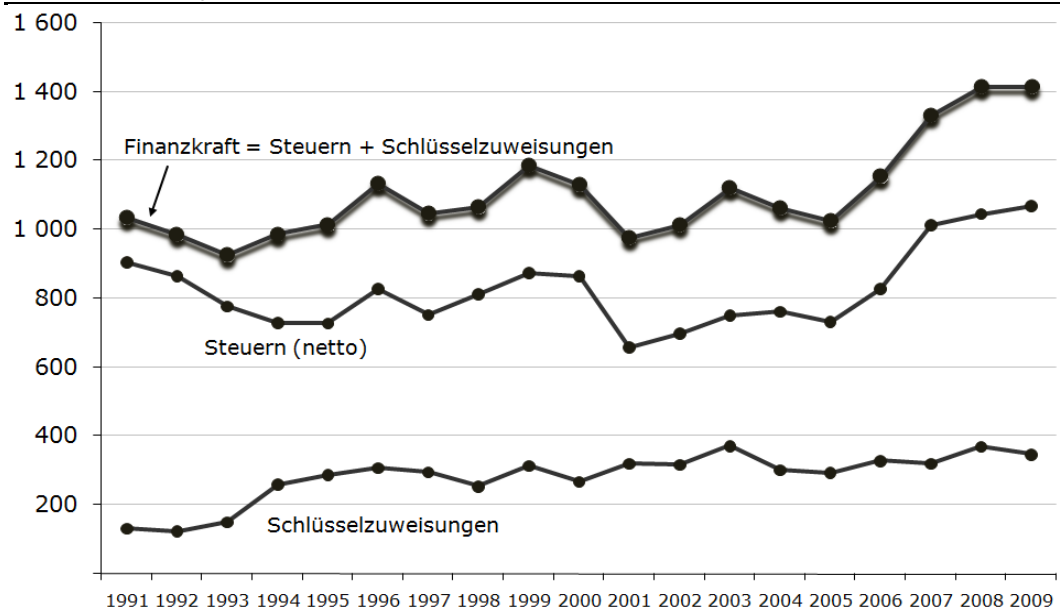
**Grundsteuer B - Einnahmen im Städtevergleich**1995 – 2008<sup>1</sup>; in € je Einwohner

Eig. Darst. n. Ang. d. LDS NRW u. Stadt Krefeld (2008). <sup>1</sup>RE, 2008 Ansätze d. Städte.

## Finanzkraft der Stadt Krefeld

Die für die Lage eines kommunalen Haushaltes entscheidende Größe auf der Ertragsseite ist die Finanzkraft, die per Definition die Steuereinnahmen einer Kommune und die Schlüsselzuweisungen des Landes umfasst. Schaubild 7 zeigt, dass die Finanzkraft der Stadt Krefeld aktuell deutlich (um über 400 € pro Einw.) höher ist als noch vor drei Jahren. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die gestiegenen Steuereinnahmen. Die Höhe der Schlüsselzuweisungen hängt einerseits vom Volumen der sogenannten Verbundmasse ab – also dem Betrag, der insgesamt für den kommunalen Ausgleich zur Verfügung steht –, und andererseits von der Steuereinnahmesituation einer Kommune im Vergleich zu den anderen Kommunen. Dies hat zur Folge, dass sich die Zuweisungen von Jahr zu Jahr zum Teil erheblich unterscheiden können. Im aktuellen Haushaltsjahr erreichen sie für Krefeld ein Niveau, dass etwa dem am Ende der 1990er Jahre entspricht.

Schaubild 7  
**Finanzkraft der Stadt Krefeld**  
 1991 – 2009; je Einw. in €



Eigene Darstellung nach Angaben des LDS NRW u. Stadt Krefeld (2008). <sup>1</sup>Bis 2007 RE, ab 2008 Ansätze.

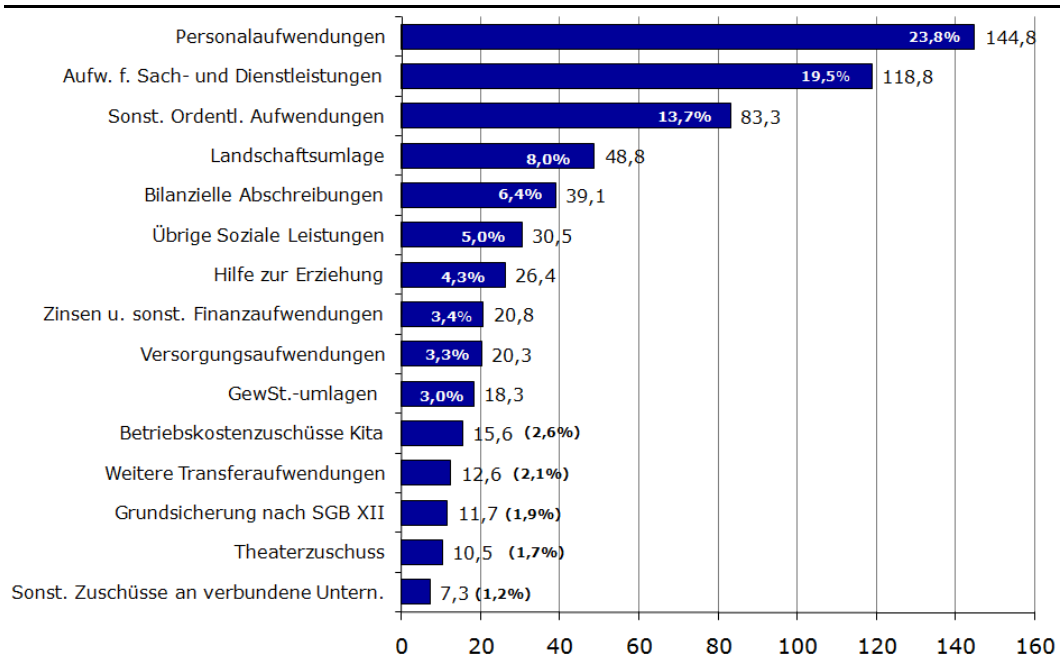
## Die wesentlichen Aufwendungen der Stadt Krefeld

Schaubild 8 beschreibt die Aufwendungen nach ihrer Bedeutung für den Haushalt der Stadt Krefeld. Wobei hier die Aufwendungen zunächst nicht so zusammengefasst werden wie in der in Tabelle 1 beschriebenen Ergebnisplanung. Hier wird eine differenzierte Gliederung vorgenommen, die zeigt, dass die Positionen von 10 Mill. € aufwärts bereits 98,8% des gesamten Aufwands der Stadt ausmachen.

Schaubild 8

### Geplante Aufwendungen der Stadt Krefeld (insges. 608,9 Mill. €)

2008; in Mill. €



Quelle: Stadt Krefeld (2008).

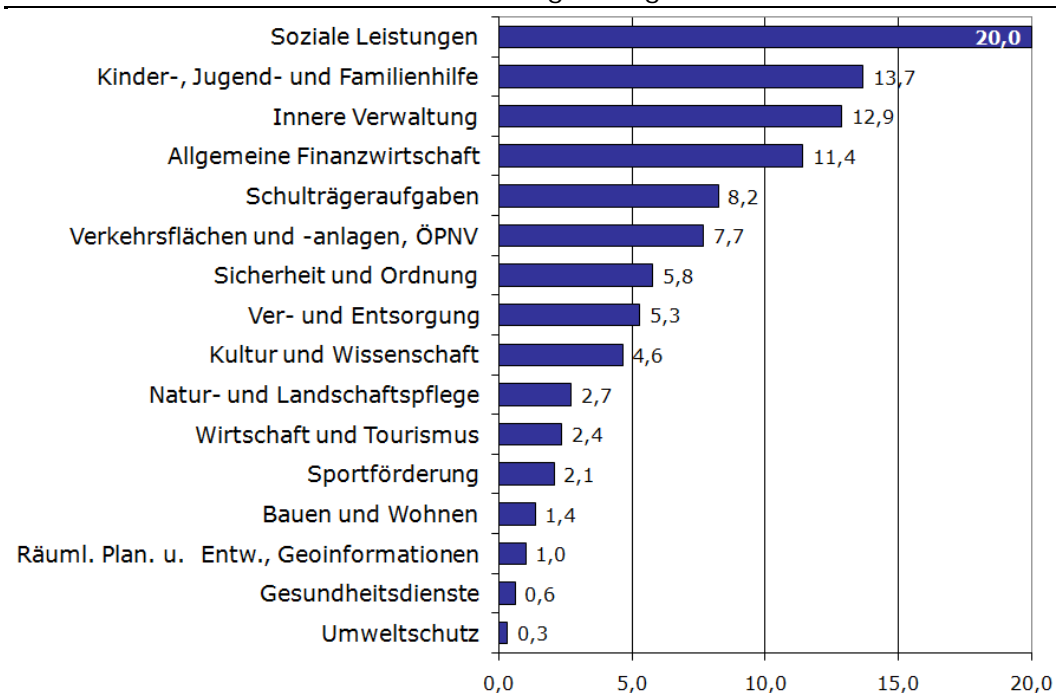
Orientiert man sich bei der Darstellung der Aufwandsseite des städtischen Budgets am NKF und damit an Produktbereichen, zeigt Schaubild 9 für das kommende Haushaltsjahr 2009, dass den „Sozialen Leistungen“ das größte Gewicht zukommt.

## Personalaufwendungen

Mit 144,8 Mill. € entfällt fast ein Viertel der gesamten Aufwendungen auf solche für das städtische Personal. Obwohl die Stadt Krefeld – wie auch andere Städte – eine Reihe von Maßnahmen zur Senkung der Personalaufwendungen ergriffen hat, liegen die Zuwachsraten bei diesen Aufwendungen regelmäßig über den Empfehlungen des Finanzplanungsrates (Anstieg von 1%) oder den Vorgaben des Landes in den „Orientierungsdaten“ (+2%). Ausschlaggebend für die hohe Zunahme der Personalaufwendungen in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 ist der in diesem Jahr vereinbarte Tarifabschluss für die tariflich Beschäftigten (Mehraufwendungen im Jahr 2008: +5,0 Mill. € und im Jahr 2009: +8,8 Mill. €) und die zum 01.07.2008 steigenden Bezüge für Beamte

Schaubild 9

### Die Aufwendungen der Produktbereiche im Krefelder Haushalt 2009; in % der ordentlichen Aufwendungen insgesamt



Eigene Berechnungen nach Angaben der Stadt Krefeld (Hrsg.) (2008).

und Versorgungsempfänger. Von den gesamten Personalaufwendungen für Beamte für 2008 entfallen allerdings auch 12,3 Mill. € auf Rückstellungen, die mit dem NKF erstmals in der Rechnungslegung berücksichtigt werden – anders als in der bisher von der Stadt praktizierten kamerale Buchführung. Der Vergleich mit den anderen Städten zeigt, dass die Personalaufwendungen in Krefeld ein etwas höheres Gewicht einnehmen (Schaubild 10), was aber auch bedeutet, dass eine erfolgreiche Dämpfung des Anstiegs dieser Aufwendungen einen auch größeren Beitrag zu den weiterhin notwendigen Einsparungen im Haushalt leisten kann.

## Transferaufwendungen

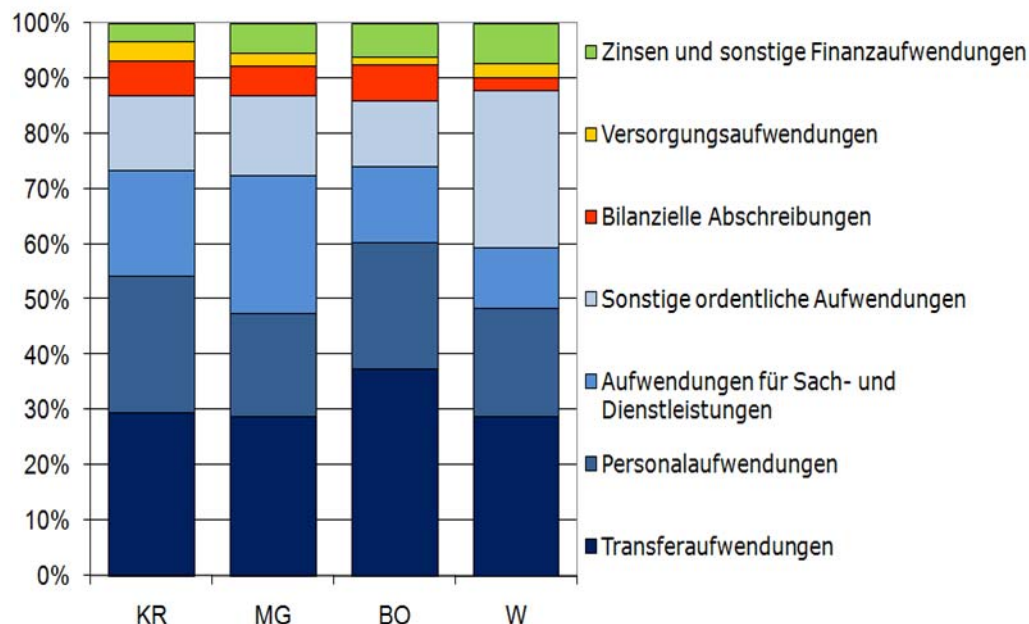
Unter „Transferaufwendungen“ werden sehr unterschiedliche Aufwendungen zusammengefasst. Ohne eine weitere inhaltliche Zuordnung der Positionen machen diese Aufwendungen den größten Anteil der gesamten Aufwendungen aus. Von den für das Haushaltsjahr 2009 angesetzten Aufwendungen in Höhe von insgesamt 605 Mill. € (einschließlich der Finanzaufwendungen) entfällt auf die Transferaufwendungen ein Anteil von knapp 30%.

Aus dem Haushaltsplan 2008/2009 und der Finanzplanung bis 2012 geht hervor, dass sich die Transferaufwendungen der Stadt Krefeld im Durchschnitt auf 31% der ordentlichen Aufwendungen belaufen werden. Ihr Volumen wird im Wesentlichen von drei Kategorien bestimmt (Schaubild 11): etwa die Hälfte entfällt auf Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe<sup>1</sup>, über ein Drittel auf Umlagen (Landschafts- und Gewerbesteuerumlagen) und ein weiteres Zehntel

<sup>1</sup> Leistungen der Sozialhilfe an natürliche Personen, Leistungen der Jugendhilfe in und außerhalb von Einrichtungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach SGB II sowie nach dem Kriegsopferfürsorge- und dem Asylbewerbergesetz.

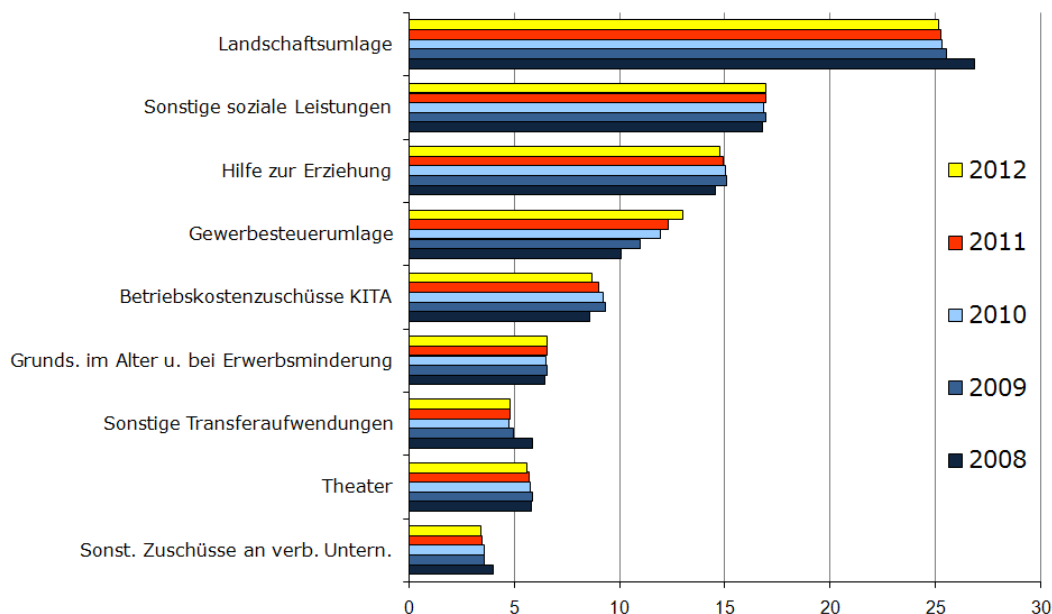
der Transferaufwendungen setzt sich zusammen aus Zuschüssen an das Theater sowie an verbundene Unternehmen.

Schaubild 10  
**Struktur der Aufwendungen der Stadt Krefeld im interkommunalen Vergleich**  
 2009; Aufwandsarten in % der Aufwendungen



Eigene Berechnungen nach Angaben der Stadt Krefeld (2008), der Stadt Bochum (2008), der Stadt Wuppertal (2008) und der Stadt Mönchengladbach (2008).

Schaubild 11  
**Struktur der Transferaufwendungen**  
 2008 u. 2009 Ansätze, 2010 bis 2012 Finanzplanung; Anteile in %



Eigene Berechnungen nach Angaben der Stadt Krefeld (Hrsg.) (2008).

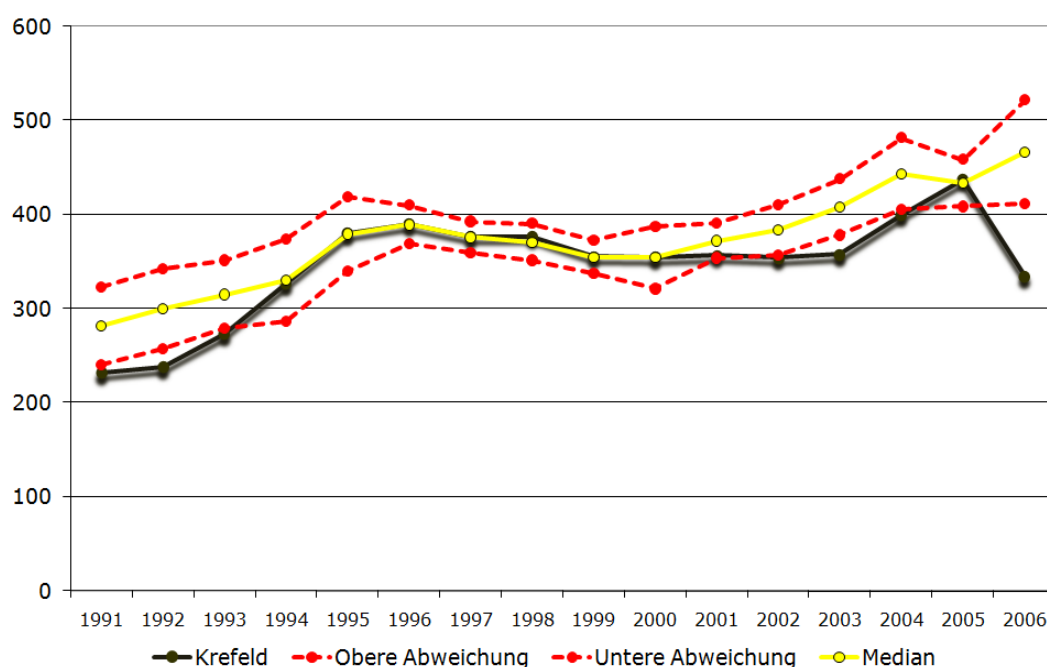


Schaubild 11 zeigt, dass es in den kommenden Jahren zu keinen nennenswerten Verschiebungen in der Struktur der Transferaufwendungen der Stadt Krefeld kommen dürfte. Dies gilt insbesondere für den wichtigsten Block, die Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe. Hierfür veranschlagt die Stadt bis zum Jahr 2012 Aufwandssteigerungen von 1,1% p.a. Dabei zeigt sich im Städtevergleich mit Bielefeld, Bochum, Mönchengladbach und Wuppertal (Schaubild 12), dass der Krefelder Haushalt durch diese Transferbelastungen bislang nicht außergewöhnlich hoch belastet wurde: Das Transfervolumen je Einwohner lag zumeist im unteren Spektrum der Vergleichsgruppe, höchstens im Mittelfeld. Von 1999 bis 2003 stagnierten die Ausgaben pro Einwohner bei etwa 355 € p.a. Ausgabensteigerungen verursachten danach u.a. die Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die sukzessive Übertragung der finanziellen Verantwortung für die Hilfe zur Pflege von den Landschaftsverbänden auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe, die 2004 abgeschlossen wurde.

Schaubild 12

### Entwicklung der Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe<sup>1</sup> der Stadt Krefeld im Städtevergleich

1991 bis 2006; in € je Einwohner



Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. <sup>1</sup>Leistungen der Sozialhilfe an natürliche Personen, Leistungen der Jugendhilfe in und außerhalb von Einrichtungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach SGB II sowie nach dem Kriegsofopferfürsorge- und dem Asylbewerbergesetz.

Schaubild 11 zeigt aber auch, dass die Gewerbesteuerumlage einen zunehmenden Anteil der gesamten Aufwendungen bindet. Ihr Volumen wächst von 2009 bis 2012 voraussichtlich um 7,4% p.a., während die Transferaufwendungen insgesamt nur um 0,8% p.a. zunehmen. Verantwortlich dafür sind der erwartete Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Krefeld um 5,8% p.a. und die Anhebung des Umlagesatzes der allgemeinen Gewerbesteuerumlage um 3 Prozentpunkte im Jahr 2010.

Die Stadt Krefeld kann nur über den geringeren Teil der Transferaufwendungen autonom entscheiden. Die Landschafts- und die Gewerbesteuerumlage kann die Stadt ebenfalls nicht unmittelbar beeinflussen. Auch bei den sozialen Leistungen und der Jugendhilfe bestehen gesetzliche Vorgaben hinsichtlich des Ob und zum Teil auch des Wie der Aufgabenerfüllung. Einflussmöglichkei-

ten auf die Höhe des Aufwands bestehen allerdings bezüglich des Vollzugs (Verwaltungskosten), der Produktion (Einkauf von Betreuungsleistungen, Kosten der Unterkunft) und zum Teil auch in der Ausgestaltung von Leistungen (z.B. Substitution stationärer durch ambulante Hilfen). Die Zuschüsse an das Theater und an die verbundenen Unternehmen liegen zwar in der Gestaltungshoheit der Gemeinde, sind aber zumeist auf längere Sicht vertraglich geregelt.

## Soziale Leistungen und Jugendhilfe

Mit Schaubild 9 (s.o.) wurde beschrieben, dass die Sozialaufwendungen einen Schwerpunkt des Krefelder Haushalts bilden. Im Haushalt für das Jahr 2009 werden etwa 20% der ordentlichen Aufwendungen auf den Produktbereich „Soziale Leistungen“ und knapp 14% auf „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ entfallen. Von ähnlicher Bedeutung ist nur noch die „Innere Verwaltung“ mit einem Anteil von 12,9%. Dies ist allerdings kein Spezifikum der Stadt Krefeld, wie der interkommunale Vergleich zeigt. Den beiden Produktbereichen kommt in Bochum, Mönchengladbach und Wuppertal eine vergleichbare Bedeutung zu.<sup>2</sup>

### Soziale Leistungen

Das soziale Sicherungssystem und seine Finanzierung ist in den vorangegangenen Jahren grundlegend umgestaltet worden – mit Folgen für die kommunalen Haushalte. Die Hilfe zur Pflege wurde in Nordrhein-Westfalen beginnend mit dem Jahre 2001 sukzessive von den Landschaftsverbänden auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe übertragen. Dieser Prozess war 2004 abgeschlossen. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde 2003 durch Bundesgesetz eingeführt, bevor das System 2005 nochmals u.a. durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe grundlegend reformiert wurde.

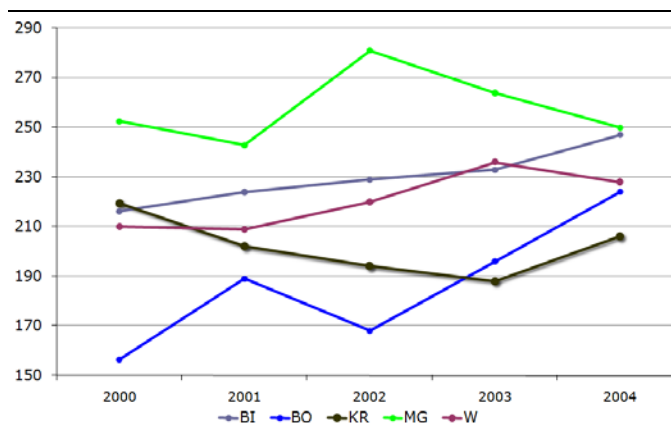
Krefeld schneidet im Vergleich zu den anderen Städten gut ab (Schaubild 13): Tätigte die Stadt Krefeld noch im Jahr 2000 mit 219 € je Einw. die zweithöchsten Ausgaben, waren es 2004 mit 206 € je Einw. die niedrigsten. Dabei sanken zunächst die reinen Ausgaben der Sozialhilfe je Einwohner von 2000 bis 2003, obwohl die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen sukzessive auf die Kommunen übertragen wurde. Das niedrige Volumen im Jahr 2003 kann vor allem auf die Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zurückgeführt werden, die die Zahl der Sozialhilfeempfänger reduzierte. Der Anstieg in 2004 ist insbesondere dem erheblichen Anstieg der Hilfen zur Pflege geschuldet.

Die „Herabzonung“ der Hilfen zur Pflege führte nicht nur in der Vergangenheit bereits zu steigenden Sozialhilfeausgaben. Sie birgt wegen des demographischen Wandels auch für zukünftige Gemeindehaushalte erhebliche Risiken. Die Stadt Krefeld rechnet zwar für die Jahre von 2009 bis 2012 mit einem Anstieg der Ausgaben von nur 1% p.a. Es wird aber prognostiziert, dass Krefeld in der Vergleichsgruppe nach Mönchengladbach (+44%) mit einer Zunahme der Anzahl von Pflegebedürftigen von 2005 bis 2025 von knapp 35% den zweithöchsten Zuwachs haben wird. Damit dürften aber auch die Zahl der Hilfeempfänger und die Aufwendungen drastisch ansteigen.

---

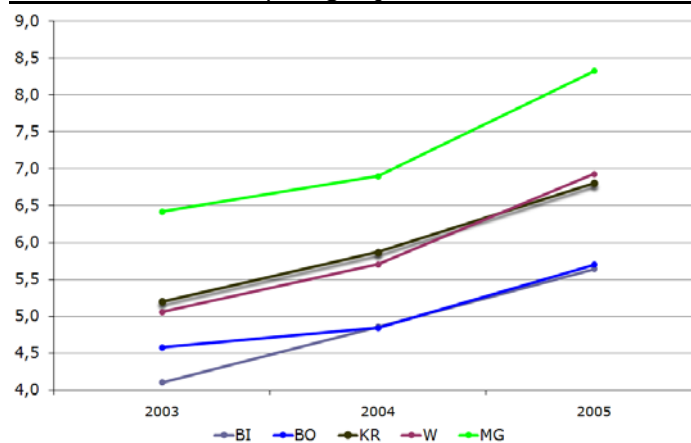
<sup>2</sup> Für die Stadt Bielefeld ist noch kein Haushaltsentwurf 2009 verfügbar. Der Haushaltsplan 2008 ist zudem noch kameralistisch und insoweit nicht vergleichbar.

Schaubild 13  
**Reine Ausgaben der Sozialhilfe**  
 2000 bis 2004; in € je Einwohner



Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW.

Schaubild 14  
**Empfänger der Grundsicherung im Alter  
 und bei Erwerbsminderung**  
 2003 bis 2005; Empfänger je 1000 Einwohner



Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW.

Die Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderungen substituiert zwar die Sozialhilfeausgaben. Die Gemeinden sind allerdings an der Finanzierung der Grundsicherung beteiligt. Diese neue Sozialleistung birgt auf Grund des demographischen Wandels und des zu erwartenden relativ niedrigeren Rentenniveaus ebenfalls erhebliche Risiken in der Zukunft. Bereits in den Jahren von 2003 bis 2005 kam es zu einem deutlich Anstieg der Hilfsempfänger: in Krefeld von 5,2 auf 6,8 Empfänger pro 1000 Einwohner (Schaubild 14).

Die Einführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe in 2005 führte nicht zu einer Entlastung der Kommunen, sondern zu Mehrbelastungen. Für Krefeld ergaben sich für 2006 Mehrbelastungen von 27,4 Mill. € – ohne Berücksichtigung der Leis-

tungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und den Landeszuweisungen, die sich aus den ersparten Wohngeldern speisen. Unter Berücksichtigung dieser Zuschüsse reduziert sich die Mehrbelastung auf netto 8,9 Mill. € oder 38 € je Einwohner. Zum Vergleich: In Mönchengladbach belief sich die Mehrbelastung brutto auf 26,6 Mill. €, netto auf 3,1 Mill. € oder 12 € je Einwohner.<sup>3</sup>

## Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Die Aufgaben der Jugendhilfe sind im achten Sozialgesetzbuch geregelt. Sie reichen von den Tageseinrichtungen für Kinder über Formen der offenen Jugendarbeit bis hin zu ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung. Er ist der finanzwirtschaftlich zweitwichtigste Produktbereich für den im Haushalts-

<sup>3</sup>Eigene Berechnungen nach Angaben des Landtags Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2007: 13f.) und der städtischen Haushaltspläne.

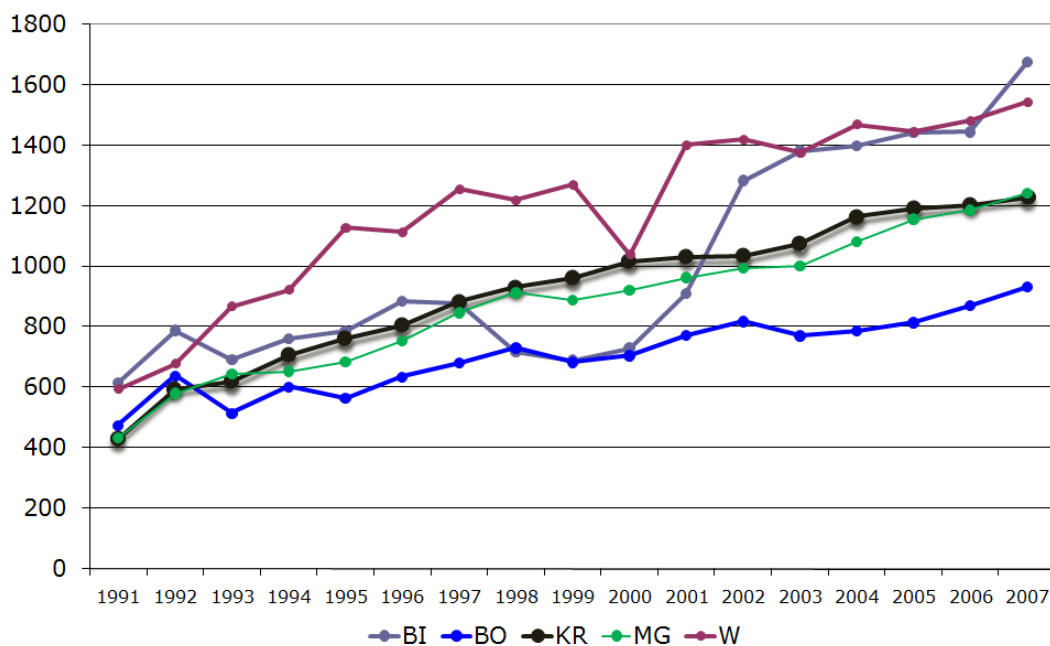
jahr 2009 79,9 Mill. € oder etwa ein Siebtel der ordentlichen Aufwendungen angesetzt werden.

Krefeld und Mönchengladbach haben im Zeitraum von 1991 bis 2007 eine ähnliche Entwicklung bezüglich der Haushaltsbelastungen durch die Jugendhilfe genommen (Schaubild 15). Die reinen Ausgaben der Jugendhilfe je Einwohner unter 21 Jahren nahmen in beiden Städten um 6,8% p.a. zu. Dies ist zwar die höchste Ausgabendynamik innerhalb der Vergleichsgruppe, das Ausgabenniveau ist aber nach wie vor deutlich niedriger als in den anderen Städten. Die Pro Kopf-Ausgaben betragen 2007 in Krefeld 1 228 € und in Mönchengladbach 1 242 €. Die städtischen Haushalte in Bielefeld und Wuppertal sehen sich mit Aufwendungen von 1 675 € bzw. 1 543 € je Einwohner unter 21 Jahre mit Abstand höheren Belastungen gegenüber. Der Anstieg der reinen Ausgaben wäre noch deutlich höher ausgefallen, wenn es den Gemeinden – mit Ausnahme von Wuppertal – nicht gelungen wäre, ihre Einnahmen erheblich zu steigern. So stiegen die Pro Kopf-Einnahmen in Krefeld von 1992 bis 2007 um 10,5% p.a.

Schaubild 15

### Entwicklung der reinen Ausgaben der Jugendhilfe der Stadt Krefeld im interkommunalen Vergleich

1991 bis 2007; in € je Einwohner unter 21 Jahren



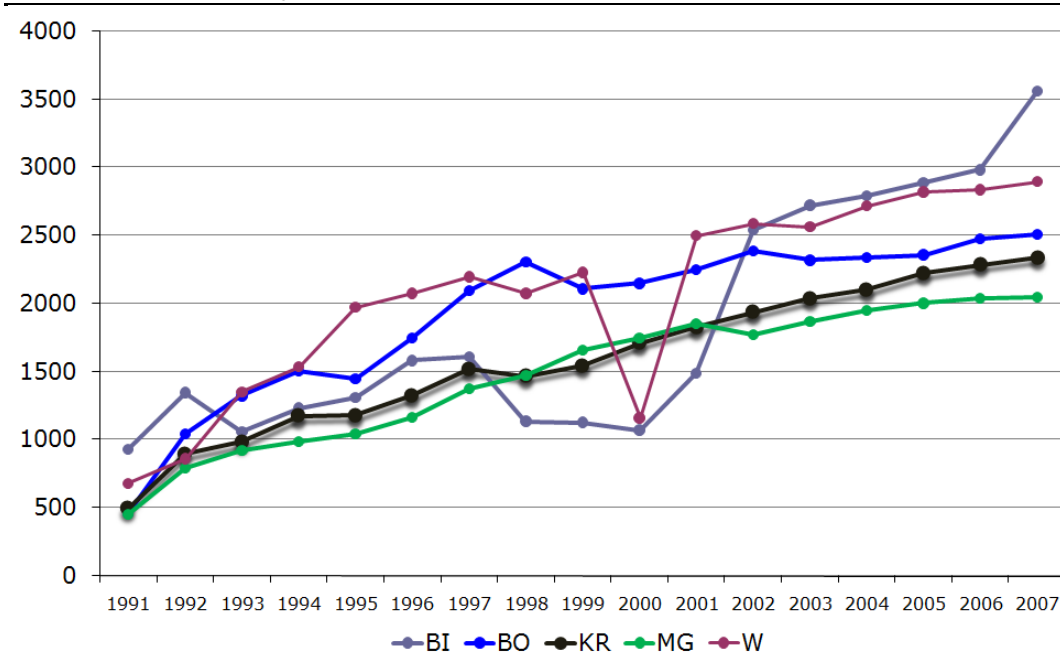
Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW.

Der erhebliche Ausgabenstieg erklärt sich zum Teil durch die Verbesserung des Betreuungsangebots in Kindertageseinrichtungen. So wurden in Krefeld die reinen Ausgaben für Kindertageseinrichtungen im Zeitraum 1991 bis 2007 von 464 € auf 2 339 € je Einwohner unter sechs Jahren gesteigert (Schaubild 16). Ihr Anteil an den reinen Ausgaben der Jugendhilfe stieg infolgedessen um 10 Prozentpunkte. Allerdings resultiert aber ein Drittel der Mehrausgaben je Einwohner aus dem Rückgang der Kinderzahl. Im interkommunalen Vergleich ist festzustellen, dass die Städte Bochum, Krefeld und Mönchengladbach Anfang der neunziger Jahre noch ein vergleichbares Ausgabenniveau aufwiesen. Bochum hat mittlerweile Krefeld deutlich überholt und Mönchengladbach ist zurückgefallen. Für die Jahre 2009 bis 2012 plant die Stadt Krefeld eine Anhebung der Betriebskostenzuschüsse an Kindertageseinrichtungen von 1,1% p.a.

Schaubild 16

### Reine Ausgaben für Kindertageseinrichtungen der Stadt Krefeld im interkommunalen Vergleich

1991 bis 2007; in € je Einwohner unter 6 Jahren



Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW.

Tabelle 4

### Nettoausgaben Hilfen zur Erziehung<sup>1</sup> der Stadt Krefeld im interkommunalen Vergleich

2002 und 2006; in € je Einw. unter 21 Jahre

Stadt	2002	2006	Veränderung 2006/2002 in %
Aachen	507	514	1,4
Bonn	433	540	24,7
Castrop-Rauxel	290	387	33,4
Düren	446	608	36,3
Herne	305	373	22,3
Krefeld	336	451	34,2
Lüdenscheid	259	329	27,0
Mönchengladbach	353	570	61,5
Mülheim	271	381	40,6
Neuss	376	391	4,0
Oberhausen	283	534	88,7
Remscheid	436	403	-7,6
Solingen	361	518	43,5
Wuppertal	485	505	4,1
Median	357	478	33,9

Eigene Ber. u. con\_sens (2007:41)

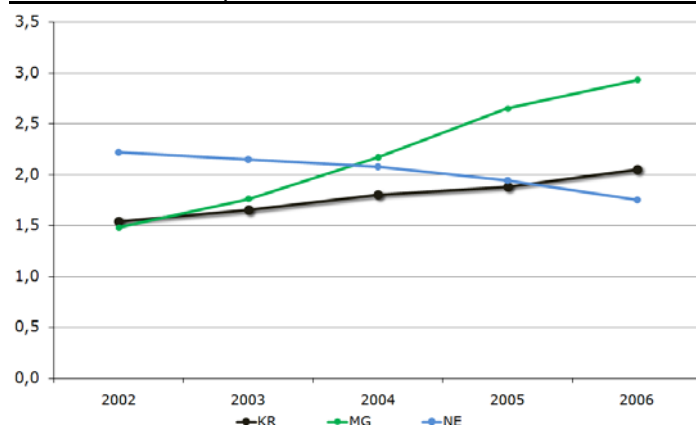
<sup>1</sup>Ausgaben für die Tätigkeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes plus Ausgaben für die Tätigkeit der Wirtschaftlichen Jugendhilfe plus Durchführung von Hilfen zur Erziehung einschließlich Pflegekinderdienst (ohne Adoption) abzüglich Ist-Einnahmen.

Ein weiterer Ausgabentreiber sind die Hilfen zur Erziehung. Die Nettoausgaben je Einwohner unter 21 Jahre stiegen in Krefeld 2006 gegenüber 2002 um 34,2% von 336 € auf 451 € (Tabelle 4). Dieser Anstieg ist im interkommunalen Vergleich unauffällig, wenngleich er erheblich ist. Interessant ist allerdings der Vergleich zu Mönchengladbach (+61,5%) und Neuss (+4%). Auf den

ersten Blick erklärt sich diese Diskrepanz durch die Entwicklung der Hilfeempfänger. Die Zahl der Hilfeempfänger pro 100 Einwohner unter 21 Jahren hat in Krefeld nur moderat zugenommen, in Mönchengladbach ist sie hingegen stark gestiegen und in Neuss dagegen sogar gesunken (Schaubild 17).

Schaubild 17

### Empfänger von Hilfen zur Erziehung 2002 bis 2006; pro 100 Einw. unter 21 Jahre



Eigene Darstellung nach Angaben von con\_sens (2007:25).

Die lokale Entwicklung der stationären Hilfen zeigt ein ähnliches Bild: zuletzt eine Stagnation der Zahl der Hilfeempfänger in Krefeld, einen starken Anstieg in Mönchengladbach und ein Rückgang in Neuss. Die Zahl der Hilfeempfänger und die Höhe der Ausgaben sind aber nicht nur den lokalen sozioökonomischen Rahmenbedingungen geschuldet. Die Städte besitzen aber durchaus Einflussmöglichkeiten.

Dafür spricht, dass die Städte Krefeld, Mönchengladbach und Neuss als Jugendamtsbezirke mit einer hohen Belastung der sozioökonomischen Lebenslagen gelten<sup>4</sup>. Dafür spricht auch das Beispiel der Stadt Neuss, die 2005 vielfältige Steuerungsmaßnahmen ergriffen hat: die Revision laufender Fälle mit dem Ziel, Heimunterbringungen durch Rückführungen in die Familie oder in eine Pflegefamilie zu beenden, Kürzung und Begrenzung ambulanter Hilfen, Unterstützung von Mitarbeitern, wenn sie eine Hilfe ablehnen, Errichtungen einer Jugendhilfekommision, um die Kosten der Hilfen zur Erziehung zu reduzieren (con\_sens 2007, 27). Erste Erfolge dieser Maßnahmen zeigten sich bereits im Jahr 2005, deutlichere dann im Jahr 2006. In Krefeld wurden stationäre Hilfen mit dem Ziel überprüft, ambulante Hilfen zu stärken. Möglicherweise konnte hierdurch ein weiterer Anstieg der stationären Hilfen gestoppt werden. Für die Jahre 2009 bis 2012 wird ein moderater Anstieg der Aufwendungen für Hilfen zur Erziehung von 1,1% p.a. veranschlagt.

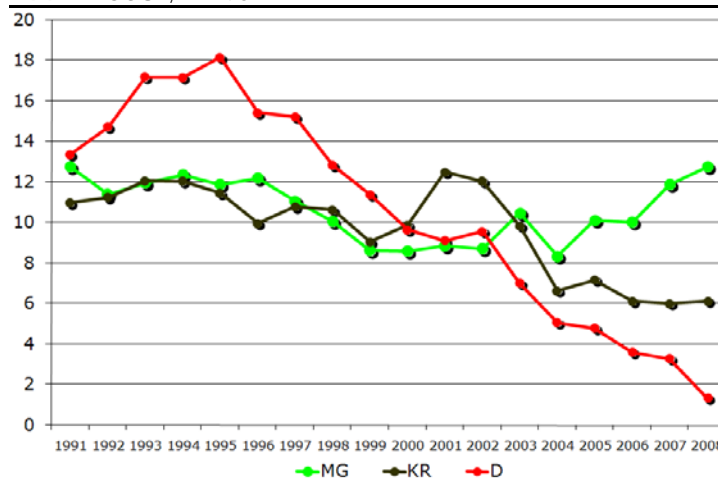
## Zinsaufwendungen

Auf Grund der in der Vergangenheit aufgenommenen Kredite sind für den Haushalt der Stadt im Jahr 2008 und 2009 Zinsaufwendungen in Höhe von 20,8 und 20,2 Mill. € angesetzt, in der Finanzplanung werden für 2010 20,1 und in den folgenden beiden Jahren etwa jeweils 19,5 Mill. € erwartet. Wie sehr diese Ausgaben den Spielraum für zukunftsgerichtete Ausgaben der Stadt einschränken, zeigt die Relation zu den anderen Aufwendungen (s.o. Schaubild 8): Mit einem Anteil der Zinsaufwendungen von 3,4% an den gesamten Aufwendungen gehören sie zu den größten Einzelposten auf der Aufwandsseite des Haushalts der Stadt Krefeld. Im laufenden Jahr gibt die Stadt damit etwa 5 Mill. € mehr für Zinsen aus als für Betriebskostenzuschüsse an die Kindergärten.

Kreditfinanzierte Leistungserbringung der Stadt ziehen Zinsverpflichtungen nach sich. Wie unterschiedlich stark diese die Finanzkraft eines Haushaltes belasten können, zeigt Schaubild 18: noch im Jahr 2000 waren diese Relation-

<sup>4</sup> Die HzE-Berichte klassifizieren die Jugendamtsbezirke nach administrativen Gesichtspunkten und nach der Belastung der sozioökonomische Lebenslage. Die Belastung wird an dem Anteil der ausländischen Bevölkerung, an der Sozialhilfedichte und an dem Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung festgemacht. Vgl. J. Pothmann u. M. Schilling (1999: 56-59).

Schaubild 18  
**Anteil der Zinsausgaben an der Finanzkraft**  
 1991-2008<sup>1</sup>; in %



Eigene Darst. n. Angaben LDS NRW u. Stadt Krefeld (2008).  
<sup>1</sup>Bis 2007 RE, 2008 Ansätze.

nen in Krefeld und Düsseldorf gleich hoch, Düsseldorf konnte seine Zinsverpflichtungen aber wegen der schnelleren Rückführung der Neuverschuldung rascher senken als Krefeld. Aber das Schaubild zeigt auch, dass die Entwicklung in Krefeld sehr viel besser ist als zum Beispiel in Mönchengladbach, dessen Zinsverpflichtungen sogar in den vorangegangenen Jahren zugenommen haben.

## Die Schuldenlage der Stadt Krefeld

Die Stadt Krefeld hatte zum 01.01.2008 „fundierte“ Schulden in Höhe von rd. 216 Mill. €, diese Schulden bezeichnen die Kredite, die von der Stadt aufgenommen wurden, um Investitionen zu finanzieren (Schaubild 16). In der Haushalts- und Finanzplanung bis Ende des Jahres 2012 ist zwar eine zusätzliche Aufnahme von Investitionskrediten in Höhe von gut 43 Mill. € vorgesehen, aber auch eine Tilgung von Schulden in Höhe von knapp 66 Mill. €; die Stadt Krefeld wird also „netto“ ihre Schulden reduzieren können – auf geplante 194 Mill. € Ende 2012. Anders als im Jahr 2004, als die deutliche Verminderung der Schulden lediglich auf die Übertragung von Darlehen der Stadt Krefeld an den Eigenbetrieb „Stadtentwässerung Krefeld“ zurückzuführen war, finden nunmehr eine „echte“ Rückführung der langfristigen Verbindlichkeiten statt (Schaubild 19).

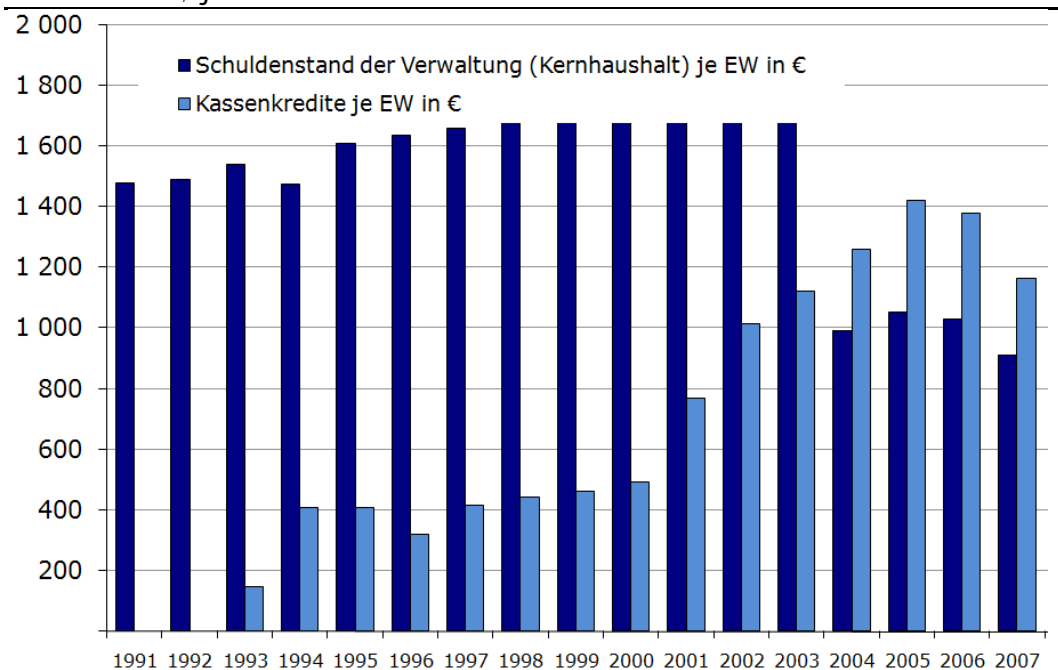
Bei der Stadt Krefeld ist – wie auch in anderen Gemeinden und Städten in Nordrhein-Westfalen – das gesamte Volumen der Kredite zur Liquiditätssicherung mittlerweile größer als das der Investitionskredite. Aber auch diese kurzfristigen Verbindlichkeiten sollen lt. Finanzplanung der Stadt Krefeld abgebaut werden, von 283,5 Mill. € noch zu Beginn dieses Jahres bis Ende 2012 um rd. 125 Mill. €.

Auch der Vergleich der Liquiditätskredite pro Einwohner zu den anderen Städten der Vergleichsgruppe (Schaubild 20) zeigt, dass es der Stadt Krefeld – anders als etwa Wuppertal und Mönchengladbach – seit dem Haushaltsjahr 2005 gelingt, mit Überschüssen in der laufenden Haushaltswirtschaft die in den vorangegangenen Jahren angesammelten hohen Bestand dieser kurzfristigen Krediten abzubauen. Wenn die Finanzplanungen bis 2012 umgesetzt werden können, dürfte der Bestand der Liquiditätskredite pro Einwohner bis Ende 2012 auf unter 700 € pro Einwohner reduziert werden können, womit der Bestand im Vergleich zum „Rekordjahr“ 2005 immerhin in etwa halbiert würde.

Schaubild 19

**Schulden der Stadt Krefeld (Verwaltung und Kassenkredite)**

1995 – 2007; je Einw. in €

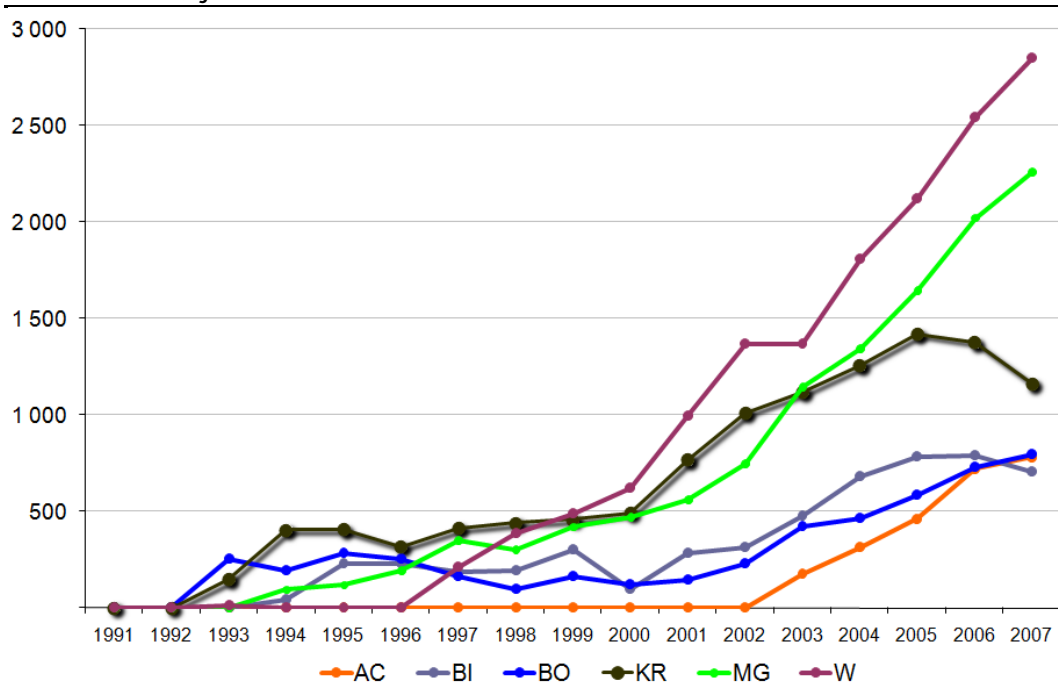


Eigene Darstellung n. Angaben des LDS NRW und Stadt Krefeld (2008).

Schaubild 20

**Kassenkredite (Liquiditätskredite)**

1991 – 2007; je Einw. in €



Eigene Darst. n. Angaben des LDS NRW; RE für 2007 nach Angaben der Städte.



## Ausgliederungen und Beteiligungen der Stadt Krefeld

Die Ausgliederungen und Beteiligungen der Kommunen können grundsätzlich unter drei Aspekten analysiert werden: ihrem Beitrag zur kommunalen Aufgabenerfüllung, ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sowie ihrer Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt. Im Folgenden wird auf ihre wirtschaftliche Bedeutung sowie die finanzwirtschaftlichen Verflechtungen näher eingegangen.

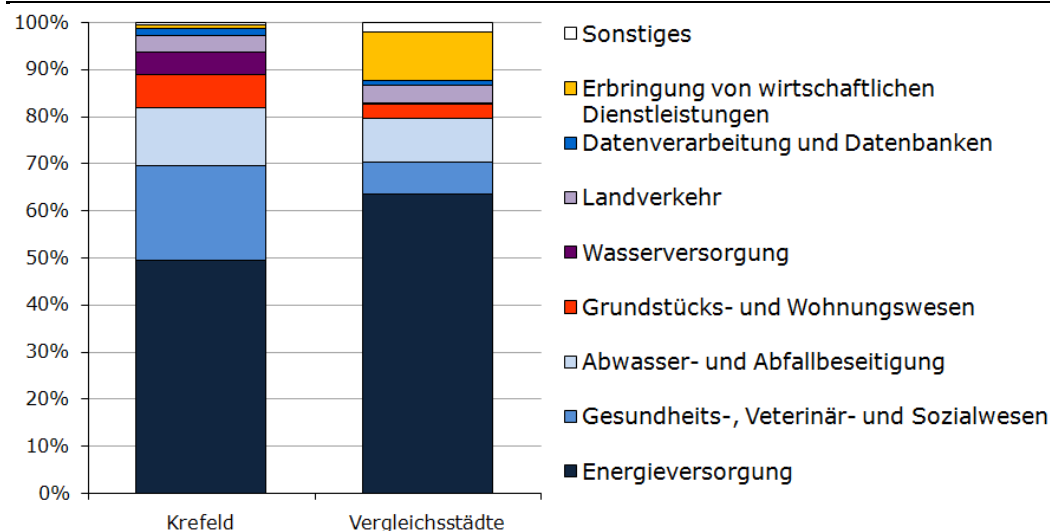
### (Finanz-)Wirtschaftliche Bedeutung der budgetären Aktivitäten

Die Ver- und Entsorgungsaktivitäten bilden den wirtschaftlichen Schwerpunkt der städtischen Ausgliederungen und Beteiligungen in Krefeld wie in den Vergleichsstädten (Schaubild 21). Es zeigen sich allerdings Unterschiede im Detail. So spielt die Energieversorgung in den Vergleichsstädten mit einem Anteil von 63,4% an den mit der Beteiligungsquote gewichteten Umsatzerlösen eine erheblich größere Rolle als in Krefeld (49,4%). Dafür kommt in Krefeld sowohl der Abwasser- und Abfallbeseitigung, die 2006 12,5% der Umsatzerlöse erzielte, als auch der Wasserversorgung (5% der Umsatzerlöse) eine größere wirtschaftliche Bedeutung zu. Auffallend ist auch die große Bedeutung des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens mit einem Fünftel der Umsatzerlöse in 2006. Dies dürfte sich aber mittlerweile mit dem Verkauf an einen privaten Investor (Helios) verändert haben.

Schaubild 21

### Wirtschaftliche Schwerpunkte<sup>1</sup> der Krefelder Ausgliederungen im interkommunalen Vergleich

2006; in % der Umsatzerlöse<sup>2</sup> der Einrichtungen und Unternehmen



Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. <sup>1</sup>Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003. <sup>2</sup>Die Umsatzerlöse wurden gewichtet mit den Anteilen am Nennkapital.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Ausgliederungen und Beteiligungen entspricht – gemessen an den Umsatzerlösen – in Krefeld denen der Vergleichsstädte: Sie beliefen sich in Krefeld auf 1 539 € je Einwohner, in den Vergleichsstädten auf 1 521 €. (Tabelle 5). Allerdings ist das Umsatzwachstum in

Tabelle 5  
**Die wirtschaftliche Bedeutung der direkten Beteiligungen der Stadt Krefeld im interkommunalen Vergleich**  
 2004, 2005 und 2006

Kennziffern	Krefeld	VGS <sup>1</sup>
<b>Umsatzerlöse in € je Einw.</b>		
2004	1 461	1 144
2005	1 527	1 310
2006	1 539	1 521
Veränd. 2006/2004 in %	5,3	30,8
<b>Umsatzerlöse in € je Beschäftigten</b>		
2004	103 526	162 749
2005	112 888	193 351
2006	113 857	212 830
Veränd. 2006/2004 in %	10	30,8
<b>Sachinvestitionen in € je Einw.</b>		
2004	300	139
2005	181	156
2006	158	126
Veränd. 2006/2004 in %	-47,3	-9,4
<b>Personalausgaben in € je Einw.</b>		
2004	694	331
2005	723	370
2006	749	340
Veränd. 2006/2004 in %	7,9	2,7
<b>Personalintensität<sup>2</sup> in %</b>		
2004	14,1	7,0
2005	13,5	6,8
2006	13,5	7,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW.  
<sup>1</sup>VGS = Vergleichsstädte BO, BI, MG und W. – <sup>2</sup>Be-  
 schäftigte auf 1 000 Einwohner.

den Vergleichsstädten dynamischer. Die Umsatzerlöse je Einwohner stiegen dort 2006 gegenüber 2004 um 30,8%, in Krefeld nur um 5,3%. Die Personalausgaben der Krefelder Ausgliederungen und Beteiligungen sind dagegen etwa doppelt so hoch wie in den Vergleichsstädten. Diese Divergenz erklärt sich vermutlich durch die unterschiedlichen Schwerpunkte der wirtschaftlichen Aktivitäten. Das Engagement der Stadt Krefeld im Energiesektor ist geringer als in den Vergleichsstädten, dafür im personalintensiven Gesundheitswesen zu diesem Zeitpunkt noch größer. Die Sachinvestitionen der Krefelder Ausgliederungen und Beteiligungen sind im Untersuchungszeitraum um 40,7%, in den Vergleichsstädten nur um 9,4% gesunken. Dieser „Einbruch“ in der Investitionstätigkeit ist insbesondere der Fertigstellung des KönigPalasts geschuldet, der das Investitionsvolumen in 2004 erheblich beeinflusste.

## Auswirkungen auf den Kernhaushalt

Ausgliederungen beinhalten Chancen und Risiken für die Kommunalhaushalte. Chancen bestehen in der Erzielung von Gewinnen und/oder Effizienzvorteilen in der Aufgabenerfüllung, Risiken in der Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln zur Verlustabdeckung, der Notwendigkeit von Kapitalzuführungen oder der Gewährung sonstiger Zuschüsse, die Haftung bei Überschuldung, und in einer ggf. „erzwungenen“ Reintegration der Aufgabenwahrnehmung in den Kernhaushalt.

Die Stadt Krefeld erwartet in 2009 Kapitalerträge in Höhe von 21,4 Mill. € (Tabelle 6), davon entfallen alleine 16,9 Mill. € auf die Beteiligung an der Stadtwerke Krefeld AG<sup>5</sup>. Da die Ausschüttungen der Stadtwerke in den kommenden Jahren voraussichtlich um ein Fünftel zurückgehen werden, ergibt sich für die Jahre 2010 bis 2012 ein deutlicher Rückgang der gesamten Kapitalerträge.

<sup>5</sup> Die Stadt rechnet auch die Konzessionsabgaben zu den Erträgen. Dies entspricht aber nicht dem Charakter der Konzessionsabgabe als Abgabe für die Nutzung von Wegerechten.

Tabelle 6

**Finanzwirtschaftliche Verflechtungen von Kernhaushalt und Ausgliederungen/Beteiligungen: Kapitalerträge aus Beteiligungen**

2008 bis 2012; in 1000 €

Beteiligung	2008 <sup>b</sup>	2009 <sup>b</sup>	2010 <sup>c</sup>	2011 <sup>c</sup>	2012 <sup>c</sup>
Stadtwerke Krefeld AG	12 700	16 855	11 974	10 663	10 613
Stadtentwässerung Krefeld	2 803	3 621	2 250	2 409	2 581
Wohnstätte Krefeld	883	883	883	883	883
Kapitalerträge insgesamt	16 386	21 358	15 107	13 955	14 077

Ang. d. Stadt Krefeld (Hrsg.) (2008). <sup>b</sup>Ansätze; <sup>c</sup>Planungen.

Tabelle 7

**Finanzw. Verflechtungen von Kernhaushalt und Ausgliederungen/Beteiligungen: Zuschüsse und Einlagen**

2007 bis 2012; in 1000 €

Städtische Beteiligung	2007 <sup>a</sup>	2008 <sup>b</sup>	2009 <sup>b</sup>	2010 <sup>c</sup>	2011 <sup>c</sup>	2012 <sup>c</sup>
	<b>Vertragliche Zuschüsse</b>					
Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (Verlustübernahme)	1 705	2 051	1 297	1 353	1 276	1 276
Zoo Krefeld gGmbH (Betriebskostenzuschuss)	1 859	1 861	1 861	1 861	1 861	1 861
Zweckverband VRR	1 129	2 415	2 310	2 310	2 310	2 310
Standort Niederrhein GmbH	38	38	38	38	38	38
Verband der kommunalen RWE Aktionäre GmbH	1	1	1	1	1	1
	<b>Erhöhung des Stammkapitals/ Einlagen in die Kapitalrücklage</b>					
Grundstücksgesellschaft	-	9 500	-	-	-	-
Seidenweberhaus GmbH	3 442	2 256	2 220	2 150	2 130	2 130
Zoo Krefeld gGmbH	1 417	-	-	-	-	-

Ang. d. Stadt Krefeld (Hrsg.) (2008). <sup>a</sup>RE; <sup>b</sup>Ansätze; <sup>c</sup>Plan.

Den o.g. Finanzerträgen stehen aber vertragliche Zuschüsse (Verlustübernahmen, Betriebskostenzuschüsse) sowie Kapitaleinlagen gegenüber (Tabelle 7). Sie belaufen sich in den kommenden Jahren auf voraussichtlich 7,8 Mill. € p.a. Finanzielle Probleme bereiten insbesondere die Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH mit ihrer Beteiligung an der Grundstücksgesellschaft der Stadt Krefeld mbH & Co KG sowie das Seidenweberhaus mit dem Betrieb des KönigPalastes.

Die Stadt Krefeld übernimmt in den Jahren 2009 bis 2012 jährliche Verluste der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH in Höhe von etwa 1,3 Mill. €. Außerdem tätigte die Stadt eine Einlage von 9,5 Mill. € bei der Grundstücksgesellschaft der Stadt

Krefeld GmbH & Co KG, deren persönlich haftender Gesellschaft die Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist. Hintergrund der Probleme sind die hohen Vorlaufkosten, die entstanden sind, um das Gewerbegebiet Europapark Fichtenhain C/Campus Fichtenhain marktfähig zu machen. Vermarktungsprobleme bestehen aber auch bei Grundstücken und Gewerbeimmobilien. Weitere Belastungen sind aus dem erheblichen Sanierungsbedarf im Bestand zu erwarten. Die Stadt Krefeld sieht allerdings insoweit optimistisch in die Zukunft, als dem o.g. Gewerbegebiet ein erhebliches Marktpotenzial zugeschrieben wird.

Die Analyse des Beteiligungsberichtes lässt nur den Schluss zu, dass sich der KönigPalast bislang weder bei Veranstaltern noch bei den Besuchern hinreichend durchsetzen konnte. Hinzu kommen hohe Umbaukosten, die die Gewinnmargen bei erfolgreichen Veranstaltungen schmelzen lassen. Dies hat zur Folge, dass die Stadt von 2009 bis 2012 Kapitaleinlagen von jährlich 2,3 Mill. € in die Seidenweberhaus GmbH als dessen Betreiber tätigen muss.

Tabelle 8

**Finanzwirtschaftliche Verflechtungen von Kernhaushalt und Ausgliederungen/Beteiligungen: Bürgschaftsverpflichtungen**

Stand 1.1.2008

Bürgschaftsnehmer (Gesellschaften/Zwecke)	Bürgschaftsverpflichtungen	
	in 1000 €	in %
Entsorgungsanlagengesellschaft	68 270	35,7
Wirtschaftsförderungsgesellschaft	14 433	7,5
Wohnstätte Krefeld Wohnungs AG Krefelder Bau GmbH	65 493	34,2
Helios Klinikum Krefeld GmbH	39 241	20,5
Soziales	3 803	2
Sonstige Zwecke	260	0,1
Insgesamt	191 500	100

Eigene Ber. n. Angaben der Stadt Krefeld (Hrsg.) (2008).

Die schwierige Situation zeigt sich auch darin, dass die städtische Krefelder Bau-gesellschaft mbH als Verpächter des KönigPalasts ihr größtes Risiko in der Nichterfüllung des Pachtvertrages durch die Seidenweberhaus GmbH sieht. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob Zuschussbedarfe und öffentlicher Zweck in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Die Krefelder Ausgliederungen und Beteiligungen schuldeten 2006 Kreditinstituten 393,8 Mill. € oder 1 660 € je Einwohner. Damit konnten die Verbindlichkeiten gegenüber 2005 um etwa 63 Mill. € zurückgeführt werden. Die Städte haften allerdings nur im vollen Umfange für die Verbindlichkeiten der Einrichtungen und Betriebe in öffentlich-rechtlicher Form. Deren Verschuldung betrug 2006 193,7 Mill. €. Dies entspricht fast der Hälfte der Gesamtverschuldung. Außerdem ist zu beachten, dass die Städte für ihre Ausgliederungen und Beteiligungen Bürgschaften übernehmen. Die Bürgschaftsverpflichtungen der Stadt Krefeld erreichten Anfang 2008 ein Volumen von 191,5 Mill. € (Tabelle 8). Davon entfällt jeweils ein Drittel auf die Entsorgungsanlagengesellschaft und auf Unternehmen des Wohnungswesens (Wohnstätte Krefeld Wohnungs AG, Krefelder Bau GmbH). Der drittgrößte Bürgschaftsnehmer ist die Helios Klinik GmbH mit 39,2 Mill. € oder einem Fünftel der Krefelder Bürgschaftsverpflichtungen. Die neue De-minimis-Verordnung der EU schränkt indes die Bürgschaftsgewährung für städtische Beteiligungen faktisch ein. Es ist deshalb mit einem sinkenden Bürgschaftsvolumen zu rechnen.

## Literatur

---

- Deutscher Städtetag, Gemeindefinanzbericht 2007, Der Städtetag 5/2007. Carl Heymanns Verlag.
- con\_sens – Consulting für Steuerung und Soziale Entwicklung GmbH (Hrsg.) (2007), Bericht Benchmarking Hilfen zur Erziehung+ in Nordrhein-Westfalen. Hamburg.
- Landtag Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2007), Gesetzentwurf der Landesregierung. Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen. Drucksache 14/4208. 23.04.2007. Düsseldorf: Landtag Nordrhein-Westfalen.
- LDS Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2008), Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Nordrhein-Westfalen 2003-2005. Statistische Berichte. Düsseldorf.
- Pothmann, J. Und M. Schilling (1999), Entwicklung und Stand der Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen. HZE-Bericht 1999. Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik. Dortmund.
- Stadt Bielefeld (Hrsg.) (2008), Haushaltsplan 2008. Bielefeld.
- Stadt Bochum (Hrsg.) (2008), Haushaltsplan 2009. Bochum.
- Stadt Krefeld (Hrsg.) (2008), Entwurf des Haushaltsplanes 2008/2009. Krefeld.
- Stadt Krefeld (Hrsg.) (2008a), Beteiligungsbericht 2006 der Stadt Krefeld.
- Stadt Mönchengladbach (Hrsg.) (2008), Haushaltsplanentwurf 2009.
- Stadt Mönchengladbach (Hrsg.) (2008a), Beteiligungsbericht 2005/2006. Mönchengladbach.
- Stadt Wuppertal (Hrsg.) (2008), Haushaltsplan der Stadt Wuppertal für die Jahre 2008 und 2009. Wuppertal.
- Ströker, K. (2008), Auswirkungen des demographischen Wandels. Modellrechnung für den Bereich der Pflegebedürftigkeit. Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Band 49. Düsseldorf.





Industrie- und Handelskammer  
**Mittlerer Niederrhein**  
Krefeld · Mönchengladbach · Neuss

### **IHK in Krefeld**

Postfach 10 10 62  
47710 Krefeld

Nordwall 39  
47798 Krefeld

Tel.: 02151 635-0  
Fax: 02151 635-338  
E-Mail: [info@krefeld.ihk.de](mailto:info@krefeld.ihk.de)

### **IHK in Mönchengladbach**

Postfach 10 06 53  
41006 Mönchengladbach

Bismarckstraße 109  
41061 Mönchengladbach

Tel.: 02161 241-0  
Fax: 02161 241-105  
E-Mail: [info@moenchengladbach.ihk.de](mailto:info@moenchengladbach.ihk.de)

### **IHK in Neuss**

Postfach 10 07 53  
41407 Neuss

Friedrichstraße 40  
41460 Neuss

Tel.: 02131 9268-0  
Fax: 02131 9268-529  
E-Mail: [info@neuss.ihk.de](mailto:info@neuss.ihk.de)